



FOTO: MISHKA HEINER & LIZ LOCKY/PANOS

Herkunftsland: Kongo, Heimat: England. Auf keinen Fall Europa

Protektionistische Reflexe

Europa Die Verankerung von gemeinsamen Standards für Asylverfahren stößt in den EU-Staaten auf eine breite Front der Ablehnung

■ Tobias Müller

Ole Schröder malte gleich den ganz alten Teufel an die Wand: Auf Deutschland würden „längere Asylverfahren, höhere Kosten und eine neue Sogwirkung“ zukommen, warnte der CDU-Innenstaatssekretär angesichts von Plänen der EU-Kommission, das europäische Asylrecht zu vereinheitlichen. Schon im Vorfeld der Konferenz der EU-Innenminister Mitte Juli warnte der alerte 38-Jährige, als gelte es, die letzte politische Bastion der CDU zu verteidigen. Die EU würde dem „Asylbetrug“ Tür und Tor öffnen, eine Neuregelung „unser bewährtes Asylsystem“ aufheben. „Wer schutzbedürftig ist, soll Schutz erhal-

ten. Wer unser Asylrecht missbraucht, soll zurückgeschoben werden können“, dieser Grundsatz, so Schröder, müsse erhalten werden.

Was den CDU-Staatssekretär so erregte, liest sich in Wahrheit eher unspektakulär. Die Pläne der EU-Kommission sehen eine Höchstdauer von sechs Monaten für Asylverfahren vorn, die ohnehin der mittleren Behandlungsdauer aller EU-Staaten entsprechen würde und in Ausnahmen auf ein Jahr verlängerbar sein soll. Dazu will Brüssel ein Bleiberecht für minderjährige Geschwister, das in Deutschland bisher nur für Kinder gilt. Aufnahmeregeln sollen vereinheitlicht, allgemein gültige Mindeststandards des Flüchtlingsstatus festgelegt und der Rechtsschutz für Antragsteller verbessert werden. Bis zum Herbst möchte

Innenkommissarin Cecilia Malmström eine Einigung mit den Regierungen der EU-Staaten erzielen. Auch die belgische Regierung, im zweiten Halbjahr 2010 turnusmäßiger Vorsitzender des Europäischen Rats, will in dieser Zeit eine gemeinsame Linie fördern.

Die Reaktion Schröders zeigt beispielhaft, wie heikel ein solches Vorhaben ist. Der Staatssekretär sieht durch die Pläne das so genannte Flughafenverfahren „ausgehöhlt“, das der Bundesregierung erlaubt, einreisende Asylbewerber im Transitbereich zu internieren und umgehend abzuschicken, wenn die Behörden deren Anträge als „offensichtlich unbegründet“ verwerfen. Auch die Drittstaatenregelung sieht die CDU gefährdet, dazu drohten Verzögerungen durch Klagen und

der Zugang von Asylbewerbern zu Sozialleistungen, von denen sie bislang ausgeschlossen sind.

„EU will Schnell-Abschiebung stoppen! Asylbetrüger dürfen bleiben!“, titelte denn auch die *Bild*-Zeitung. Doch die unmittelbare Empörung des Boulevardblattes täuscht darüber hinweg, dass es sich beim Widerstand gegen eine EU-weite Vereinheitlichung von Asylstandards keineswegs um ein allein deutsche Marotte handelt. Laut Schröder unterstützen mehrere Länder, darunter Frankreich, die Position der Berliner Regierung. Auch der irische Justizminister Dermot Ahern bestätigte, Amtskollegen hegten Zweifel gegenüber den Plänen der EU-Kommission. Vor allem befürchte man eine Schwächung des seit 2003 geltenden Dublin-II-Abkommens, wonach ein Asylantrag in jenem Mitgliedsstaat gestellt werden muss, den der Flüchtling zuerst erreicht hat. Ahern sieht das Abkommen als Meilenstein gegen „Asyl-Hopping“, bei dem die Flüchtlinge von der unterschiedlichen Rechtslage in den Mitgliedsstaaten profitieren.

Ein quasi-protektionistischer Reflex bezüglich der nationalen Grenzen zeigte sich zu Jahresbeginn auch in Großbritannien. Das Londoner Innenministerium distanzierte sich vom Vorschlag der EU-Kommission, im Rahmen einer gemeinsamen Verfahrensrichtlinie europaweite Minimalstandards für Asylbewerber einzuführen. Der Plan wird als Bedrohung für das seit 2003 auf der Insel praktizierte Schnellverfahren angesehen, bei dem eine Asyl-Entscheidung bereits binnen zwei Wochen ergehen soll. Großbritannien steht seit Jahren weit oben auf der Beliebtheitskala von Flüchtlingen.

Das Projekt eines gemeinsamen Asylrechts ist nicht neu. Den Boden bereitete 1997 der Amsterdamer Vertrag mit der Idee eines einheitlichen „Raumes für Freiheit, Sicherheit und Recht“. Auf dem EU-Gipfel von 1999 im finnischen Tampere war der gemeinsame Schutz der Außengrenzen das bestimmende Thema. Seither ist die „Har-

Ein restriktives Grenzregime, das für Flüchtlinge zur „Asyl-Lotterie“ wird

monisierung“ der Asylpolitik weit gediehen: Die EU betreibt in nordafrikanischen Staaten Auffanglager, seit 2005 koordiniert die Behörde Frontex in Warschau den Schutz der Außengrenzen, und bereits seit 2003 existiert mit dem EURODAC-Register ein System zur Erfassung der Fingerabdrücke von Asylbewerbern, das auf das erste Dubliner Abkommen zurückgeht. Wer dort einmal erfasst ist, kann andernorts keinen Antrag mehr stellen.

Legitimiert wird das restriktive Grenzregime ganz im Sinne Ole Schröders: durch die Betonung, den „wirklich Schutzbedürftigen“ zu helfen. Dazu müsste allerdings auch ein Mindestmaß an Rechtssicherheit und Verlässlichkeit zählen. Je nach Mitgliedsstaat variieren die Anerkennungsquoten heute zwischen einem und 50 Prozent, weshalb das NGO-Netzwerk *European Council on Refugees and Exiles* von einer „Asyl-Lotterie“ spricht. „Für jemanden mit der gleichen Geschichte gibt es in verschiedenen EU-Ländern völlig unterschiedliche Asylentscheidungen“, bilanziert auch die deutsche Organisation Pro Asyl.

Wegen der nun angestrebten Angleichung braucht sich der empörte CDU-Staatssekretär indes keine Sorgen zu machen. Selbstverständlich, so bescheinigte ihm bereits die EU-Kommission, sei es den Mitgliedsstaaten weiterhin möglich, Asylanträge noch an der Grenze abzulehnen.

Tobias Müller ist freier Autor. Er berichtet für den *Freitag* aus den Benelux-Staaten und beobachtet die Brüsseler Politik

Asyl in Deutschland

Politisch verfolgte haben nach dem Grundgesetz einen Anspruch auf Asyl in Deutschland. Die Bundesregierung schränkte dieses Recht im Jahr 1993 jedoch drastisch ein. Seitdem genießen Bewerber, die aus

einem EU-Staat oder einem anderen „sicheren Staat“ nach Deutschland einreisen, kein Asylrecht mehr.

Die **Asylbewerberzahlen** sind in Deutschland nach dieser höchst umstrittenen

Gesetzesänderung drastisch zurückgegangen. Hatten 1992 auf dem Höhepunkt noch 438.191 Flüchtlinge Asyl beantragt, waren es 2007 nur noch 19.164. Im ersten Halbjahr 2010 wurden 15.579 Erstanträge gestellt.

„Viele haben das Gefühl, in Deutschland unerwünscht zu sein“

Im Gespräch Der Migrationsforscher Howard Duncan über Kanadas Einwanderungspolitik und den globalen Wettbewerb um die Qualifizierten

Der Freitag: Herr Duncan, Kanada konzentriert sich darauf, die Zuwanderungszahlen zu halten, statt zu versuchen, die Geburtenrate anzuheben. Warum?

Howard Duncan: Letzteres hat Kanada versucht, aber es hat nicht funktioniert. Die erreichbaren Steigerungen der Geburtenzahlen sind zu gering. Solange wir dagegen die Zuwanderungszahlen auf dem derzeitigen Niveau halten, wird die Bevölkerung in den nächsten 25 Jahren weiter wachsen.

Versteht die kanadische Öffentlichkeit die Notwendigkeit von Zuwanderung?

Die kanadische Regierung hat das auf jeden Fall verstanden. In der zurückliegenden Wirtschaftskrise haben viele Länder die Zahl der Einwanderer beschränkt – Kanada nicht.

Was macht Kanada für Migranten so attraktiv?

Kanadas offene Wirtschaft, die für zahlreiche Arbeitsmöglichkeiten sorgt; Kanadas moderne, demokratische, aufgeschlossene Gesellschaft. Ich glaube nicht, dass sich Migranten Sorgen machen, ob sie in Kanada Opfer von Diskriminierung werden könnten. Kanada bemüht sich schon seit langer Zeit erfolgreich um Migranten, so dass es inzwischen viele ausdifferenzierte ethnische Gemeinschaften im Land gibt. Das allein bewegt Menschen aus den gleichen Herkunftsländern, nach Kanada zu

emigrieren, weshalb wir ein Programm für die Familienzusammenführung haben. Wenn sie zum Beispiel junge Zuwanderer aus Indien haben, die ihre Freunde und Familien bei der Einwanderung unterstützen, so führt dies zu einer Kettenreaktion.

Bemerken Sie den zunehmenden weltweiten Wettbewerb um qualifizierte Arbeiter?

Ja, absolut. Wir standen schon immer im Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten. Sie sind weltweit das Ziel erster Wahl von Migranten. Daher musste Kanada sehr hart arbeiten, um die genannten Bedingungen zu schaffen. Im Jahr 2008 kam der größte Teil aus China, gefolgt von Indien, den Philippinen und an vierter Stelle den USA. In Kanada gibt es Migranten aus nahezu allen Ländern der Welt. Das ist ein Vorteil für Einwanderungsländer, da auf diese Weise keine bestimmte Gruppe dominiert. Meiner Meinung nach spielt das auch eine Rolle, wenn Menschen darüber nachdenken zu emigrieren.

Sind neu in den Wettbewerb eingetretene Länder zu bemerken?

Die Fähigkeit der Europäischen Union, Migranten anzuziehen, ist durchaus ernst zunehmen. Dennoch glaube ich nicht, dass irgendein Land der EU einen besorgniserregenden Konkurrenten darstellt, da die Einwandererzahlen von Hochqualifizierten noch sehr gering sind. In Deutschland

sind es zum Beispiel nur einige Hundert.

Was würden sie Deutschland empfehlen, um seine Zuwanderungspolitik zu verbessern?

Zunächst müsste sich Deutschland auf internationaler Ebene Öffentlichkeitsarbeit machen und sich ernsthaft als Einwanderungsland präsentieren. Diese Ansage muss vom Kanzleramt kommen und bis nach unten durch die Ministerien erfolgen. Ich glaube, viele potenzielle Zuwanderer entscheiden sich gegen die Emigration nach Deutschland, da sie das Gefühl haben, dort unerwünscht zu sein – auch wenn das wahrscheinlich ein Trugschluss ist. Deutschland haftet der Ruf des Gastarbeiterlandes an, in dem sich Migranten nur auf eine beschränkte Zeit aufhalten dürfen.

Und innenpolitisch?

Darüber hinaus muss die Regierung der deutschen Öffentlichkeit

verständlich machen, dass Zuwanderung in ihrem Interesse liegt und die Regierung diese unter Kontrolle hat.

In Deutschland fürchten Teile der Bevölkerung, dass Immigranten die Sozialsysteme missbrauchen könnten. Kommt Ihnen das bekannt vor?

Meinungsumfragen zeigen Jahr für Jahr, dass die kanadische Öffentlichkeit die Zahl der Zuwanderer für angemessen hält. Wir kennen drei großen Gruppen: Wirtschaftsmigranten, so genannte family class migrants und Flüchtlinge. Von Flüchtlingen erwarten die Kanadier, dass sie die Unterstützung des Staates in Anspruch nehmen werden. Die „family class migrants“ werden von Familienmitgliedern finanziert. Und Wirtschaftsmigranten kommen ins Land, um zu arbeiten oder Geschäfte zu machen – also Jobs zu schaffen. Es existiert sicherlich eine gewisse Sorge über die gegenwärtige Arbeitslosigkeit unter den Qualifizierten. Das aber wird typischerweise als Problem der Anerkennung ausländischer Zeugnisse formuliert und als Zeichen, dass mehr Hilfe nötig ist.

Viele Herkunftsländer der Migranten beklagen mittlerweile den Abfluss qualifizierter Kräfte.

Das unterscheidet sich von Staat zu Staat: Auf den Philippinen werden mehr Krankenpfleger ausgebildet, als das Land benötigt. Damit wird absichtlich ein Über-



FOTO: PRIVAT

Howard Duncan leitet seit 1997 das *Metropolis Project*, ein internationales Netzwerk für vergleichende Politikwissenschaft, das sich mit Themen wie Migration, Integration und multikulturelle Gesellschaft befasst. Der studierte Philosoph und Anglist hat in Ottawa studiert und wurde in Ontario promoviert

schuss an Personal auf dem heimischen Markt hergestellt. Ein Problem für die Philippinen sind Ärzte, die das Land verlassen. Interessanterweise schulen sich Ärzte zu Krankenpflegern um, um in diesem Beruf im Ausland zu arbeiten. Der Westen muss mit Ländern wie den Philippinen zusammenarbeiten, um die Migrationsströme so zu lenken, dass kein allzu großer Schaden in den Herkunftsländern entsteht. **Wenn ein Grund für die erfolgreiche Integration der Zuwanderer die bereits bestehende ethnische Vielfalt ist, hat Deutschland ein Problem, oder?**

Es braucht politische Führung. In Kanada, Australien und Neuseeland gibt es keine politischen Parteien, die gegen Zuwanderung sind. Es bedarf aber natürlich auch eines strategischen Programms, die Aufnahme von Zuwanderern zu organisieren, die Integration zu gestalten und sicherzustellen, dass die Menschen in die Arbeitswelt aufgenommen werden. Die im Ausland erworbenen Fähigkeiten und Abschlüssen müssen anerkannt werden. Die deutsche Sprache muss intensiv vermittelt werden.

Deutsch wird weniger gesprochen und gilt als schwerer als Englisch.

Es werden sicherlich große finanzielle Investitionen in Sprachtraining notwendig sein, aber es ist nicht unmöglich. Nehmen Sie Israel: Jeder, der Jude ist, kann dort hinkommen, auch wenn er kein Hebräisch spricht – genau genommen spricht kaum einer von den Immigranten Hebräisch. Sobald Sie ins Land gelangen, wird mit der Sprachausbildung angefangen, damit die Leute sofort einer Arbeit nachgehen können. Man hat sich entschieden, einen enormen Betrag in die Integrationsarbeit zu investieren. Deutschland wird den gleichen Weg gehen müssen. Es kann gehen.

Das Gespräch führte Margret Karsch